

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Diskriminierung von Geringverdienern bei Werbungskosten beenden**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung ergreift unverzüglich eine Bundesratsinitiative mit der Zielsetzung, dass § 11 (2) Satz 2 SGB II gestrichen werden möge.

**Udo Pastörs und Fraktion**

#### **Begründung:**

Die Vorschrift diskriminiert Hilfsbedürftige, die weniger als 400 Euro im Monat verdienen, indem sie ihnen über den Pauschalfreibetrag von 100 Euro hinaus keine Werbungskosten gewährt. Sie erhalten weder die Werbungskostenpauschale, noch werden ihnen tatsächlich angefallene und nachweisbare Werbungskosten erstattet. Darin liegt eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung, die verfassungswidrig sein dürfte.